

Resolutionsantrag

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 17.06.2014

Ltg.-411/V-2/10-2014

-Ausschuss

des Abgeordneten **Waldhäusl**

zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2015,
Ltg. 411/V-2-2014

betreffend: **Ausreichende Budgetmittel im Österreichischen Bundesheer**

Täglich erreichen uns neue Hiobsbotschaften aus den Kasernen Niederösterreichs, wonach die notwendigen Mittel zur Sicherstellung eines laufenden Betriebes sukzessive von Seiten des BMLVS gestrichen werden.

60 Prozent der Bevölkerung stimmten am 20. Jänner 2013 für den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht und damit für eine Reform und Attraktivierung des Präsenzdienstes. Knapp 1 ½ Jahre nach diesem Votum muss man allerdings feststellen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Fahrzeuge werden nicht mehr betankt, Ersatzteile nicht angekauft und einfachste Instandsetzungsarbeiten nicht durchgeführt und Fahrzeuge damit frühzeitig ausgeschieden.

Der von Bundesminister Klug verordnete Sparkurs bedroht allerdings nicht nur den Grundwehrdienst und die präsenten Kräfte. Insbesondere der Katastrophenschutz steht auf Messers Schneide.

Hochrangige Militärs, wie der Chef des Kommandos Luftunterstützung, Brigadier Putz, warnen vor einer nicht mehr gefahrlos durchzuführenden Katastrophenbegleitung durch die Hubschrauberflotte des Bundesheeres. Die Reduktion des Spritkontingentes um 20 Prozent, zieht eine Verringerung der Einsatzkräfte nach sich, was wiederum die Einsatzfähigkeit im Katastrophenfall massiv gefährdet.

Aber auch die Pioniereinheiten, im Katastrophenfall von enormer Bedeutung, haben mit der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes zu kämpfen. Laut Befehl des Streitkräfteführungskommandos vom 19.05.2014 haben oberste Priorität bei der Verwendung von Budgetmitteln die Auslandseinsätze zu genießen. Als letzte von fünf Prioritäten kommt der laufende Betrieb. Diese Reihung ist umzukehren. Auslandseinsätze ja, aber nur wenn zuerst unsere Grundwehrdiener versorgt sind und die Einsatzbereitschaft im Katastrophenfall gewährleistet ist.

Bereits jetzt befindet sich Österreich, seine Verteidigungsaufgaben betreffend, im EU-Vergleich an drittletzter Stelle, allein in jüngster Vergangenheit wurden 1,7 Milliarden eingespart. Dieser Fehlentwicklung ist schnellstens entgegenzuwirken. Erst, wenn die Kernaufgaben des Bundesheeres wie die militärische Landesverteidigung und Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit sowie die Hilfeleistung bei Katastropheneinsätzen finanziell gewährleistet sind, kann über Auslandseinsätze nachgedacht werden. Und selbst dann sollte sich das österreichische Bundesheer ausschließlich an friedenserhaltenden Auslandseinsätzen unter UN-Mandat beteiligen.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung an die Bundesregierung, insbesondere an BM Klug heranzutreten um

1. die Reform des Grundwehrdienstes sofort umzusetzen und
2. sicherzustellen, dass in Zukunft die innere Sicherheit sowie die Hilfeleistung bei Katastropheneinsätzen innerhalb des Bundesheeres höchste Priorität genießt.“